

Stimmen der Weltpresse

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **35 (1955-1956)**

Heft 1

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Sendung nicht zu trennen ist. Dies Prophetische des Dichterworts mag sich unter mancherlei Hüllen eher verbergen als zeigen. Der Kundige wird es erkennen, ihm wird auch die Richtung nicht verborgen sein, dahin die Weissagung unablässig zielt. Es ist die Richtung auf den, von dem nicht nur alles dichterische, sondern überhaupt alles wirkliche Leben des Menschen und seiner Mitgeschöpfe kommt, die Richtung auf den Creator Spiritus und das durch ihn und in ihm bewirkte Geheimnis der Inkarnation.

STIMMEN DER WELTPRESSE

In dem Artikel *Mehr Ritterlichkeit* (*Die Zeit*, Hamburg, 10. 3. 55) macht G. v. Uexküll folgende Feststellungen von allgemeiner Gültigkeit: «Was immer einen Politiker verleiten mag, die Grenzen der Polemik zu überschreiten, persönlicher Ärger, mangelnde Ritterlichkeit, Unfähigkeit, die Dinge von zwei Seiten zu sehen, oder Überschätzung der Möglichkeiten des Rechthabens, stets ist der tiefere Grund Unklarheit über das richtige Verhältnis von Partei und Staat. ‚Partei‘ bedeutet ja nichts anderes als ‚Teil‘, und zu einem Teil gehören andere Teile, mit denen zusammen es erst ein Ganzes bildet. Sowohl der ‚totalitäre‘ Irrtum, das Ganze könne ohne die Teile auskommen, als auch der ‚separatistische‘, die Teile seien wichtiger als das Ganze, führt die Demokratie ad absurdum. Die richtige Abgrenzung der Interessen von Partei und Staat (Volk, Vaterland, Gemeinwohl oder wie immer man das ‚Ganze‘ nennen will) beantwortet zugleich auch die Frage nach den Grenzen der Polemik.»

Die *Hochschule für Politische Wissenschaften* in München läßt Monatshefte erscheinen, die sie *Politische Studien* betitelt. In der Januarausgabe 1955 dieser Zeitschrift findet sich eine interessante Studie des bekannten bayerischen Politikers und Wirtschafters Dr.

Rudolf Zorn über *Betriebsklima und Betriebsführung*. Zorn geht von der modernen Erkenntnis aus, daß neben die sozialpolitischen Leistungen der Produktionsstätten die Pflege der menschlichen Beziehungen zwischen der Betriebsleitung und der Belegschaft treten muß, wenn Arbeitsfreude und Solidaritätsgefühl im Betriebe erhalten und verstärkt werden sollen. Die Erfahrung hat gelehrt, daß das Verlangen der Belegschaft nach Achtung der Menschenwürde, nach Anerkennung der Leistung und nach Kameradschaft oft stärker ist als das Streben nach höheren Löhnen. Eine gute Betriebsatmosphäre aber bezeichnet der Autor als das Fundament für das reibungslose Funktionieren der technischen Organisation. Die Klassenkampfstimmung verliert zunehmend an Boden, seitdem das Betriebsklima in vielen Werken bewußt gepflegt wird. — Welche Eigenschaften muß nun der Leiter einer modernen Unternehmung besitzen, um in seinem Werk Arbeitsfreude und Zusammengehörigkeitsbewußtsein zum Blühen zu bringen? Als wichtigste Voraussetzung hierfür bezeichnet Zorn Autorität des Chefs bei seinen Mitarbeitern und deren Vertrauen zum Betriebsführer. Drei Grundeigenschaften der zur Führung geeigneten Persönlichkeit sind nach der Ansicht des Verfassers unumgänglich: die auf Mut und Beharrlichkeit basierende Kraft zur Ent-

scheidung (die verhältnismäßig selten anzutreffen ist), weiter Phantasie, wie sie sich die Wirkungen einer Anord-Schließlich als dritte und wohl wichtigste Voraussetzung für ein gedeihliches nung plastisch vorzustellen vermag. Betriebsklima die Fähigkeit zum Kontakt mit den Menschen, die Kunst der Menschenbehandlung. Sie kann man nicht lernen, sie ist eine Naturgabe. Wer keine von diesen Eigenschaften aufweist, wird nie als gutes Beispiel im Betriebe wirken können. Das aber bezeichnet der Autor mit Recht als entscheidend: nichts wirkt belebender auf die menschlichen Beziehungen und damit auf die Luft im Betriebe als das gute Beispiel, das der Leiter seinen Mitarbeitern gibt. Ihnen hat der Betriebsführer beizubringen, daß die Existenzform einer zeitgemäßen Unternehmung die Partnerschaft der Leitung mit den Betriebsangehörigen, die Existenzform des einzelnen Mitarbeiters die Freiheit ist, in welcher die Würde des Menschen ernst genommen wird. So wird nur *der* Chef, *der* Angestellte und Arbeiter, in dem ein derartiges Bewußtsein lebendig ist, auch eine Stütze unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnung bilden.

Über den Ausbau der *Armee der deutschen Sowjetzone* publizierte *The Manchester Guardian Weekly* vom 27. 1. 1955 interessante Angaben, die wir auszugsweise wiedergeben: Die Sowjetzone ist jetzt vollkommen vorbereitet, ihre halb-militärische Volkspolizei im Verlaufe der nächsten drei Monate von 110 000 auf 135 000 Mann zu verstärken. Die «Kasernierte Volkspolizei», die von der zivilen Polizei scharf zu trennen ist, hat den Charakter einer Kaderarmee, die in 18 Monaten verdreifacht werden kann. Die Verstärkung um 25 000 Mann bedeutet, daß die Effektivstärke von 7 Divisionen aufrecht erhalten werden kann, während 25 000 erfahrene Offiziere und Mannschaften zur Ausbildung der ersten Einberufenen detachiert werden können. Für deren Einberufung wurden schon letzten September von der sowjetzonalen Regierung umfassende Maßnahmen eingeleitet: Ein-

setzung besonderer Registrierungs-offiziere auf der Kreisebene, für die detaillierte Vorschriften erlassen wurden. Auch die weiblichen Angehörigen bestimmter Jahrgänge müssen registriert werden! Es sind sodann zahlreiche Anordnungen getroffen worden, um den Erfolg der Rekrutierungskampagne zu sichern. Drohung mit dem «Verlust von Privilegien», falls die Anmeldung von «Freiwilligen» unterbleibt — Veröffentlichung der Namen derjenigen, die eine Freiwilligenmeldung verweigern — Möglichkeit, sich Truppenteil und sogar Einheit auszusuchen — Ansprachen in Oberschulen, in denen die patriotische Pflicht aller Bürger betont wird, bei der Verteidigung des Vaterlandes mitzuwirken usw. Schließlich wird das Versprechen von Massenbeförderungen, sobald die Einberufungen beginnen, einen indirekten Anreiz bilden. Es sind auch Bemühungen im Gange, den Wehrdienst für Offiziere, mittels höherer Besoldung, noch attraktiver zu gestalten. Die Offiziere sollen auch noch mehr Privilegien erhalten, und ihr Prestige soll gesteigert werden.

Das stets gut unterrichtete *Intelligence Digest* (A review of world affairs, London) gibt in seiner Februarnummer einen Überblick über die verschiedenen *Nachrichten aus den Satellitenstaaten*, dem wir folgende Angaben entnehmen: Zwei Nachrichten kommen aus allen Satellitenstaaten und beruhen offensichtlich auf Weisungen aus Moskau. Die eine betrifft die großen Anstrengungen, um Emigranten zur Rückkehr aus dem Westen zu bewegen mit dem Ziel, sie als Propaganda für die Koexistenz zu gebrauchen. Im Gegensatz hiezu steht das ständige Anwachsen der Rüstungsanstrengungen in allen Satellitenstaaten. In *Ungarn* behauptet Rakosi seit der Rückkehr aus Rußland seine Autorität wieder, doch bleibt seine Gesundheit angegriffen. Falls er sterben würde, müßte seine Nachfolge große Schwierigkeiten bereiten. In den Verhandlungen mit Belgrad über die Donauschiffahrt gibt Budapest praktisch in allen Streitpunkten nach. Ein Beobachter erklärt,

die Jugoslawen würden in Ungarn wie Russen behandelt. In der *Tschechoslowakei* wurde eine technische Kommission zur Bekämpfung ausländischer Radiosendungen geschaffen, in welcher die KP und der Generalstab vertreten sind. Sie arbeitet mit leichten, mobilen Stationen im Grenzgebiet. Techniker des militärischen Forschungsinstitutes in Prag sollen eine Art Gas erfunden haben, das durch Korrosion das Triebwerk von Panzerfahrzeugen angreift. Im März sind neue Feldversuche mit diesem chemischen Stoff vorgesehen, der von wissenschaftlicher Seite als militärischer Traum betrachtet wird. Die führenden optischen Werkstätten von Prag, Meopta, mit mehr als 5000 Arbeitern, haben ihre Produktion auf Radarausrüstungen umgestellt. Im Oktober besuchte eine Delegation der *bulgarischen KP* Jugoslawien und diskutierte mit der jugoslawischen KP die friedliche Zusammenarbeit der beiden Länder, besonders in Mazedonien. Die bulgarischen Luftstreitkräfte sollen Ende 1955 einen Bestand von 1500 leichten, mittleren und Kampfbombern umfassen. In *Polen* ist der Sicherheitsdienst vollständig reorganisiert und unter die Leitung des russischen Generals Lalin von der MVD gestellt worden. In *Rumänien* sind von Anfang November bis Mitte Dezember 27 Industriewerke von Friedensproduktion auf Rüstungsaufträge umgestellt worden. Drei Fabriken für Spitalausrüstungen stellen heute Gasmasken her, nachdem vorher die Fabrikation von Gasmasken hinter dem eisernen Vorhang fast völlig eingestellt gewesen war.

Unter der Überschrift *Gönnerrhafte Behandlung* befaßt sich die liberale, unabhängige Tageszeitung *Indian Express*, die gleichzeitig in Delhy, Bombay und Madras erscheint, in ihrer Ausgabe vom 11. März mit der Haltung der USA gegenüber den südostasiatischen Nationen und in diesem Zusammenhang auch mit Amerikas Stellung zu seinen westlichen Verbündeten. Die Einstellung der Zeitung ist charakteristisch für die Haltung Indiens gegenüber den USA im allgemeinen. «Es sieht beinahe so aus», be-

ginnt das Blatt seinen Leitartikel, «als ob John Foster Dulles seinen Mund nicht aufmachen kann, ohne seine Freunde in Verlegenheit zu bringen.» Dieser Ausspruch bezieht sich auf die Rundfunkrede des amerikanischen Außenministers nach seiner Rückkehr von der Bangkok-Konferenz und den Besuchen in anderen südostasiatischen Hauptstädten. Zur gleichen Zeit gab Eden dem Unterhaus einen Rechenschaftsbericht über seine Erfahrungen in Asien. «Während sich Sir Anthony Eden im klaren darüber ist», schreibt die Zeitung, «daß die Seato ausschließlich für die Verteidigung der im Manila-Pakt festgelegten Gebiete gegründet worden ist, bringt nun Dulles diesen Vertrag mit den auf gegenseitiger Verteidigung beruhenden Abkommen zwischen den USA und Formosa, Japan sowie Südkorea in Verbindung, indem er die Ansicht vertritt, daß die chinesisch-kommunistische Front als eine Einheit zu betrachten sei. Man ist gespannt, wie die übrigen Mitglieder der Seato diese Neuorientierung auffassen werden und welche von ihnen bereit sein werden, Mr. Dulles bei diesen neuen Abenteuern Folge zu leisten. Wie es den Anschein hat, werden sie (die Manila-Pakt-Unterzeichner) auf diese Weise aufgefordert, sich an dem Privatkrieg Amerikas gegen Peking zu beteiligen. Kann nun England z. B. ein Regime unterstützen, das es nicht anerkennt, einem Regime gegenüber, mit dem es diplomatische Beziehungen unterhält?» Damit sind die beiden Chinas gemeint. Das Blatt fährt fort: «Was die USA in ihrer Hast offenbar übersehen, ist, daß der Schutz, den sie jetzt Formosa zuteil werden lassen, den Frieden und die Stabilität Asiens bedroht. Anstatt eine neutrale Haltung zu bewahren, die während des spanischen Bürgerkrieges als korrekt und nützlich angesehen wurde, hat sich Amerika auf eine Seite geschlagen und sich dabei viele seiner Verbündeten entfremdet... Dulles glaubt, daß dem Patriotismus (der kleineren asiatischen Staaten) mit amerikanischen Waffen und Flugzeugen nachgeholfen werden müsse. Jedoch vergißt er dabei, daß die Völker

Asiens ihre eigene Auffassung von Patriotismus und dem relativen Wert militärischer und moralischer Macht haben. Sicherlich müssen diese Ansichten nicht falsch sein, nur weil sie von denen der USA verschieden sind... Die Tatsache bleibt bestehen: um Südasiens gesunde Kraft aufzubauen, braucht es Zeit und Geduld. Daher muß das Risiko eines Ausbruchs von Feindseligkeiten in der Straße von Formosa unter allen Umständen vermieden werden. Mr. Dulles tut nichts in dieser Richtung. Im Gegenteil: dadurch, daß er mit seiner Macht protzt und (das kommunistische) China bis zum äußersten reizt, bietet er den Völkern Asiens die Stirn, die nicht nur glauben, daß eine Koexistenz mit China möglich, sondern auch notwendig ist. Es wäre zu wünschen, daß sich Mr. Dulles die Warnung Anthony Edens zu Herzen nehmen würde, die darauf hinausläuft, daß, wenn nicht der Versuch gemacht wird, die Spannung um Formosa und die Küsteninseln zu vermindern, überaus schwerwiegende Folgen eintreten könnten.»

Über das *System der Zwangsarbeit im kommunistischen China* berichten die *Internationalen Freigewerkschaftlichen Nachrichten* (Nr. 1, Januar 1955, New York) an Hand von neuem Material, das der Internationale Bund freier Gewerkschaften im Oktober 1954 der 9. Vollversammlung der Vereinten Nationen unterbreitet hat. Es handelt sich um zwei Verordnungen der Volksrepublik China vom 26. August 1954 über den «Arbeitsdienst zwecks Reform», um einen Kommentar des Ministers für öffentliche Sicherheit und über einen Leitartikel der Pekinger «Jen Min Jih Pao» vom 7. Sept. 1954, offizielle Dokumente, die den Beweis liefern, daß im kommunistischen China Zwangsarbeit in großem Umfange besteht. Der Arbeitsdienst zwecks Reform hat eindeutig politischen Charakter und dient der Bestrafung und

Reform aller «konterrevolutionären und anderen Verbrecher» durch die Koordination von Arbeitsproduktion und politischer Erziehung. Durch dieses System der Zwangsarbeit verschafft China nicht nur gewissen staatlichen Unternehmungen die notwendigen Arbeitskräfte, sondern sucht damit gleichzeitig jede Opposition gegen das kommunistische Regime zu unterdrücken. Die Verbrecher sollen u. a. zur Ablegung von Schuldbekennnissen und zum Gehorsam vor den Gesetzen erzogen werden. Bei einer täglichen Arbeitszeit von 10—12 Stunden haben die «Verbrecher» im Monat zwei Ruhetage, Jugendliche wöchentlich einen Ruhetag. Alle Organe für die Durchführung dieses Arbeitsdienstes haben das Recht, Waffengewalt anzuwenden. Die Vorschriften über den Arbeitsdienst zeigen deutlich, daß die Behandlung der konterrevolutionären Gegner in der Sowjetunion dem Peipinger Regime als Muster gedient hat. Die Produktionszahlen dieses Arbeitsdienstes beweisen die zunehmende Bedeutung der Zwangsarbeit für die Wirtschaft des kommunistischen China. Das Hauptverbrechen, das mit «Arbeitsdienst» bestraft wird, besteht, wie in allen kommunistisch regierten Ländern, in der Opposition gegen das totalitäre System. Dabei wird der Begriff «Reaktionär» nirgends definiert, so daß ihn die kommunistischen Behörden im weitesten Sinne interpretieren müssen, damit alle diejenigen darunter fallen, deren demokratische Überzeugungstreue selbst nicht durch die in den Zwangsarbeitslagern angewendete Methode der «Gehirnwäsche» erschüttert werden kann. Das aus offiziellen chinesischen Dokumenten bestehende Material beweist die Notwendigkeit, die Untersuchungen der Vereinten Nationen und der Internationalen Arbeitsorganisation durch eine Gruppe unparteiischer Experten fortsetzen zu lassen.